

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

250 (26.10.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 105 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 105 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Kreisverwaltern Abgabe 100 M monatlich, Einzelnummern 7 M.

Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Ruisenstr. 24, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die einseitige Kolonelleite 15.-M, auswärts 18.-M. Die Reklamezeile 60.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Wichtige Beratungen zur Rettung der deutschen Wirtschaft

Die Sozialdemokratie und die Krise im Kabinett Wirth

Die Krise, die dem Kabinett Wirth in den letzten Tagen drohte, kann vorläufig als verjagt gelten. Der Reichstag ist am Dienstag auf wenige Wochen auseinandergegangen, ohne einseitig die Gegenfrage auszurufen, die zu den Parteien bestehen. Das heißt nicht, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion keinen Wert mehr darauf legt, bald positive Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark zu ergreifen. Im Gegenteil, sofort nach Beendigung der gestrigen Reichstags-Sitzung trat unsere Fraktion zusammen, um sich nochmals mit dem von ihr am Montag aufgestellten Finanz- und Wirtschaftspolitischen Programm zu beschäftigen und Schritte zu beraten, die unseren Vorschlägen zur Durchführung verfehlen sollen. Nebenstimmend war die Fraktion der Auffassung, daß es unmöglich ist, mit der Beratung und Durchführung unserer Forderungen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu warten, sondern sofort das Notwendige getan werden muß. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt wurde deshalb zunächst beauftragt, dem Reichskanzler Mitteilung davon zu machen, daß die Sozialdemokratie auf schnellste Fortführung der am Montag begonnenen, am Dienstag aber vertagten unterer Führerbesprechung, insbesondere aber auf die Besprechung unserer Forderungen mit der Regierung besteht. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten Finanz- und Wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt. Der Kommission gehören an die Genossen Müller, Hiltferding, Breitleben, Kerschig und Herr. Falls sich im Verlauf der zu führenden Besprechungen Komplikationen ergeben, wird die Fraktion sofort zusammenberufen werden.

Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Nach dem „Vorwärts“ dienen bei den gestrigen Verhandlungen der Sozialdemokraten mit der Reichsregierung die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Dienstag als Grundlage. Als wichtigste Voraussetzung für die Wahrung der wirtschaftlichen Bedürfnisse wird eine planmäßige Aktion zur Stärkung der Mark angesehen, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft in den nächsten drei Monaten zu befriedigen. Dafür sei ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in Anspruch zu nehmen. Die Sozialdemokraten sind für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung. Dem weiteren Fehlen der Mark könne nur Einhalt geboten werden, wenn die Devisenkontrolle verschärft würde. Am den Devisenbesitzern Gelegenheit zu geben, ihre

Kapitalien gegen Entwertung zu sichern, ohne zu fremden Devisen greifen zu müssen, wird die Ausgabe einer werbefähigen Mark durch die Reichsregierung verlangt. Neben den eigentlichen währungsrechtlichen, seien auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion erneut beschleunigte Steuererleichterung. Auch dürfte nicht zugelassen werden, daß Kartell- und Getreide zur Erzeugung von Scherbranntwein verbraucht werden. Auch die Forderung der Erfassung der wichtigsten Lebensmittel wird die Fraktion erneut der Regierung gegenüber vertreten. Eine endgültige Ordnung und Befundung unserer Wirtschaft könne nur herbeigeführt werden, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem günstigen Ende führen.

Besprechungen mit Bankkreisen, den Koalitionsparteien und ausländischen Sachverständigen

Im Anschluß an die Besprechungen mit den sozialdemokratischen Führern fand die Konferenz der Berliner Bankleute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Die Besprechungen, die gestern noch keine Beschlüsse zeitigten, werden fortgesetzt werden. Donnerstag vormittags wird die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Koalitionsparteien sowie der deutschen Volkspartei stattfinden. Hierbei werden die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers zur Abänderung der Devisenordnung erörtert.

Die bevorstehenden Beratungen der Reichsregierung mit den ausländischen Finanzsachverständigen werden sich, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, in der Form abspielen, daß die Reichsregierung zuerst die Ansicht der einzelnen Vertreter anhört, und dann eine allgemeine Finanzkonferenz der deutschen und ausländischen Sachverständigen sowie der Regierungsvorsteher veranstaltet wird. Dr. Dernes wird dieser Tage aus Kijingen zurückkehren, um an den weiteren wirtschaftlichen Besprechungen und den wirtschaftlichen Teilnehmenden Verhandlungen mit der Reparationskommission teilnehmen zu können. Das Reichsfinanzministerium dürfte wichtige Vorschläge zur Stärkung des Wertes der Mark machen. Die Arbeiten für diese Vorschläge sind vorläufig noch in vollem Gange. In den letzten Tagen hat auch die vom Reichswirtschaftsminister eingesetzte Kommission zur Stabilisierung täglich Sitzungen abgehalten. In der gestrigen Sitzung machte ein Vertreter des Finanzministeriums längere Ausführungen über die Frage der inneren Goldanleihe.

Positive Politik

Der Reichstag hat mit 314 gegen 76 Stimmen den am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählten Sozialdemokraten Fritz Ebert bis zum 30. Juni 1925 in seinem Amte bestätigt. Er hat mit weit mehr als der notwendigen Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung vollzogen, die den bisherigen vorläufigen Inhaber des Reichspräsidentenstuhls zum verfassungsmäßigen Oberhaupt der Republik erklärt. Die Bedeutung dieses staatsrechtlichen Aktes ist durch einen feierlichen Besuch des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten unterstrichen worden. Für uns ist dieses Ereignis zugleich ein Zeugnis der Politik, die wir seit dem Zusammenbruch des alten Systems, seit der Schaffung der deutschen Republik, folgerichtig betrieben haben. Niemand in der Partei hat sich eine Stimme dafür erhoben, daß man den Parteigenossen, der an der Spitze des Deutschen Reiches steht, von parteiwegen aus seinem Amte zurückberufen sollte. Auf der anderen Seite haben die bürgerlichen Parteien, indem sie mit einziger Ausnahme der Deutschnationalen dem gegenwärtigen Reichspräsidenten ein stark unterstrichenen Vertrauensvotum ausstellten, das Eingeständnis abgelegt, daß sie selber ohne die Hilfe der Sozialdemokratie oder wenigstens eines Sozialdemokraten von der Bedeutung unseres Genossen Fritz Ebert mit der Regelung unserer künftigen Angelegenheiten nicht fertig werden können.

Neben dem Akt der Zusammenfassung, den die Abstimmung vom 24. Okt. tatsächlich darstellt, zeigt sich zugleich eine tiefgehende Verklüftung, ein breites Auseinanderklaffen der Gegenläge, ein Zerbrechen unserer innerpolitischen Verhältnisse zur Krise. Dieselben Parteien, die eben erst gemeinsam für Ebert gestimmt hatten, trennten sich bei der folgenden Abstimmung über den Preis des Umlagegetreides.

Aber der Umlagepreis ist ja noch lange nicht die wichtigste Frage. Der Preis — und das übersehen man in der Öffentlichkeit nur zu oft — hängt nur zu geringem Teil von ihm ab. Mag der Umlagepreis hoch oder niedrig sein, in der Hauptsache wird unser Brotpreis jetzt auf den Höhen der ganzen Welt gemacht; denn wir kommen ohne Auslandsgetreide nicht aus, und der Preis dieses Auslandsgetreides wächst lawinenhaft mit dem Fall der Mark. Der Fall der Mark — das ist das Problem, das alle Klassen der Bevölkerung, alle Wirtschaftsfreie, jeden Mann und jede Frau täglich und bis in die Träume der Nacht hinein verfolgt. Hier muß geholfen werden, wenn überhaupt geholfen werden kann.

Seit Wochen ist der Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, mit allen Kräften bestrebt, Maßnahmen durchzusetzen, die geeignet sind, den katastrophalen Sturz der Mark anzuhalten. Er findet dabei von Seiten der sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion die entschiedenste Unterstützung. Er hat aber dabei ebenso sehr mit großen Widerständen der bürgerlichen Parteien zu rechnen. In diesem Kampf der unterliegenden und der hemmenden Kräfte ist es nun so gekommen, daß Robert Schmidt von den geplanten umfassenden Maßnahmen zunächst nur eine einzige durchsetzen konnte, die vielbesprochene und vielumkämpfte Devisenordnung. Sie ist für sich genommen nur ein Torso, ein Bruchstück, und die bürgerlichen Gegner der von Schmidt befürworteten Wirtschaftspolitik handeln von ihrem Standpunkt aus nur konsequent, wenn sie ihre Beteiligung verlangen. Denn wird die Wirkung der Devisenordnung nicht durch positive währungs- und finanzpolitische Maßnahmen unterstrützt, dann ist sie für sich allein so gut wie nicht vorhanden, die Devisenordnung also überflüssig. Gegen die positiven Maßnahmen zur Stärkung unserer Währung gegen die Schaffung eines werbefähigen Inlandpapiers, gegen eine systematische Aktion zur Stärkung der Mark, wehren sich die bürgerlichen Parteien heftig. In diesem Widerstand, nicht etwa an ausschweifenden Forderungen oder gar an Kränklichkeiten der Sozialdemokratischen Partei droht das Kabinett Wirth jetzt zu scheitern.

Käme es der Sozialdemokratischen Partei darauf an, mit großen Redensarten und weiterscholenden Gebärden aus der Regierungstür herauszufahren, so hätte sie dazu schon oft passende Gelegenheiten gefunden. Aber das lag nicht in ihrer Absicht. Es liegt in ihrer Absicht auch jetzt nicht. In der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht man die Dinge viel zu ruhig und nüchtern, als daß man glauben würde, man könnte durch Veranstaltung eines großen Regierungstreffens die Lage der Arbeiter auch nur um das geringste verbessern. Es wird weder den Arbeitern, noch der Republik noch dem deutschen Volk als Ganzes besser gehen, wenn eines Tages die Sozialdemokraten nicht mehr in der Regierung sitzen werden.

Auf der anderen Seite aber ist mit der allergrößten Deutlichkeit das folgende zu bezeugen: Die Sozialdemokratische Partei sieht nicht in der Regierung, um die Kräfte einzuflechten, die Andere verdient haben. Sie ist in der Regierung gegangen und blickt in ihr verblieben nicht mit überschwenglichen Hoffnungen auf die Möglichkeit glänzender

Großkapitalistischer Vorstoß gegen den Achtstundentag

Der rheinische Großindustrielle August Thyssen, der parteipolitisch dem Zentrum angehört, hat am 14. Oktober an den Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, das einen energischen Vorstoß gegen den Achtstundentag darstellt. Thyssen erklärt in dem Brief, daß Deutschland nur durch eine größere Gütererzeugung gerettet werden könne. Um diese zu erreichen, müsse man eine größere Arbeitsleistung erzielen, die nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erlangen sei. Daß Deutschland, das die Arbeit am allerunvermeidlichsten brauche, nicht länger säumen dürfe, wieder zur vollen Arbeitszeit von zehn Stunden zurückzuführen, sei für ihn unumstößliche Lebensfrage. Die Regierung müsse das Erforderliche einleiten, denn nur sie habe die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen werde, darüber sei sich klar, aber man müsse den Kampf einmal durchsetzen, und er sei eher es gelänge, um so mehr könne man noch retten. Die Klasse des Volkes müsse — nötigenfalls gegen ihren eigenen heftigen Widerstand — vor dem völligen Ruin geschützt werden. Thyssen richtet zum Schluß an den Reichskanzler den Appell, Thyssen richtet zum Schluß an den Reichskanzler den Appell, sich selbst an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen.

Der Vorstoß gegen den Achtstundentag fällt mit einer ganzen Reihe von Anregungen und systematischen Vorträgen zusammen, den Achtstundentag grundsätzlich zu beseitigen. Diese Vorträge finden bei einem gro-

ßen Teile der Demokraten und des Zentrums, erst recht bei allen anderen bürgerlichen Parteien lebhaftes Sympathien. Besonders die bürgerliche Arbeitergemeinschaft der Mitte soll sich der grundsätzlichen Beseitigung des Achtstundentags widmen. So richtig es nun auch ist, daß eine vermehrte Gütererzeugung unbedingt erforderlich ist, wenn wir aus dem wirtschaftlichen Elend herauskommen wollen, so darf die erhöhte Gütererzeugung nicht so arangiert werden, daß die Arbeiter allein die Opferenden sind, die Kapitalisten hingegen hauptsächlich den Vorteil für sich daraus ziehen.

Das deutsche Unternehmertum handelt seit Jahr und Tag in geradezu freventlicher Weise gegen das gelamte Volkswohl und es trägt ungeheuer viel dazu bei, daß die wirtschaftliche Lage eine so gefährdende ist. Die rücksichtslosesten und brutalsten Profitmacher, verbunden mit dem schamlosesten Wucher, beherrscht heute beinahe durchgängig die Kreise des deutschen Unternehmertums. Und weil das Unternehmertum während der Kriegs- und Nachkriegsjahre mit leichter Mühe zusammenraffen konnte, hatte es an der technischen Verbesserung der Produktionsmethoden ein sehr geringes Interesse. So sind unabhägige deutsche Industrieanlagen technisch im Rückstand geraten. Wenn also die Maßnahmen zur erhöhten Gütererzeugung besprochen werden, dann wird auch ungeschämt dem Unternehmertum gesagt werden, wie es sich bis zur Stunde freventlich am Wohle Deutschlands vergelbt.

50 000 Millionen Fehlbetrag bei der Reichspost

Die Postgebühren werden jedenfalls zum 1. Dezember wesentlich mehr erhöht werden als es bisher vorgesehen war. Der Reichspostminister hat dem Reichsrechnungsrat ein Schreiben überreicht, das sich mit der Gebührenerhöhung befaßt und in dem festgelegt wird, daß für den Rest des Rechnungsjahres 1922 die

Reichspost mit einem Fehlbetrag von 50 Milliarden Mark rechnen muß. Schon deshalb wird eine Gebührenerhöhung um 100 Proz. für Briefpostsendungen ab 1. Dezember für unbedingt notwendig gehalten. Es werden also voraussichtlich folgen: Briefmarken im Dreiviertel 3 M, im Fernverkehr 6 M; Briefe

im Dreiviertel bis 20 Gramm 4 M, über 20 Gramm 8 M, im Fernverkehr 12 M, über 20 Gramm 16 M. Für jedes Telegramm wird ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 M und daneben die Erlöse einer Wortgebühr von 10 M vorgeschlagen. Für Dreieckstelegramme und Presse-telegramme soll ab 1. Dezember die Hälfte dieser Gebühren entrichtet werden. Ueber die Neuregelung der Fernspreckgebühren-Tarife macht das Postministerium keinen endgültigen Vorschlag, jedoch stellt es anheim, in Zukunft die Regelung so zu gestalten, daß die Einrichtungsgebühren in voller Höhe erzielt, die Grundgebühren möglichst niedrig gehalten und die Einzelgesprächsgebühren dementsprechend erhöht werden.

Erfolge, wohl aber mit der Erwartung, es werde ihr möglich sein, durch ihre positive Mitarbeit an der Lage der breiten arbeitenden Massen etwas zu verbessern. Kommt sie zu der Erkenntnis, daß ihre Möglichkeiten einer solchen positiven Politik von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden sind, so verliert ihre Beteiligung an der Regierung ihren Zweck und ihren vernünftigen Sinn.

Die Reichstagsfraktion hat aus ihrer Mitte eine Reihe volkswirtschaftlicher Sachverständiger bestellt, die mit der Gesamtregierung über die bekannten positiven Forderungen zum Schutz unserer Währung verhandeln sollen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird die weitere Entwicklung der deutschen inneren Politik abhängen.

Ein deutschbaltischer Schimpfepistel

SPD. Leipzig, 24. Okt. (Eig. Bericht.)

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik trat heute zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Die Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Gustav Goethe aus Halle wegen Beleidigung von Reichspräsident Ebert.

Die Verhandlung eröffnete der Vorsitzende des Angeklagten, zweifelslos ein Mann von gleichem Scherz und Korn wie sein Mandant, den Vorsitz führte Herr von Bredow, die juristischen Pläde und Pläde vertrat Herr von Bredow, die juristischen Pläde vertrat Herr von Bredow, die juristischen Pläde vertrat Herr von Bredow.

Der Staatsgerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1000 Mark. Der Angeklagte gab dann an, daß er Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sei. Trotz wiederholter Mahnungen leistete sich Goethe eine Beleidigung der Regierung nach der anderen. Bestritten wird von dem Angeklagten, in einer Verammlung gesagt zu haben: „Ich habe schon dreimal ein mit vom Reichspräsidenten angeordnetes Ehrenamt abgelehnt, weil es mir nicht einfällt, bei einer Regierung, die aus Lumpen und Schiebern besteht, ein solches Amt zu bekleiden.“

Man stelle sich einmal das Urteil vor, das im kaiserlichen Deutschland gegen einen Mann gefällt worden wäre, der so über das Staatsoberhaupt und die Regierung geschimpft hätte, wie der Verfasser aus Halle. Wir fordern keineswegs die gleichen Taten und Urteile wie sie einst in Deutschland gefällt worden sind, aber wie eines vor wenigen Tagen in Bayern erlangt ist. Aber das erwarten wir, daß jeder dieser nationalsozialistischen Wurzler, der wegen begangener Unthaten gefasst wird, eine angemessene Strafe erhält. Dann werden die Schimpfmäuler bald gestopft sein.

SPD. Leipzig, 25. Okt. Der Staatsgerichtshof verurteilte heute den 17-jährigen Handwerkerlehrling Ziesler aus Gießen zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt 9 Monaten Gefängnis, von denen 3 Monate auf die Unterdrückung des Namens abgeurteilt wurden, weil er in Schänken (an der Elbe) den anlässlich des Reichstagsmordes gegen die Mörder erlassenen Haftbefehl abgelesen und dafür ein Spottgedicht angelesen hatte.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Leben eines Jugenteils

Von Max Gutz

(Fortsetzung.)

„Doch nein, Delano war noch in Amt und Würden. Seine würdevolle Stimmung hatte ihn allerdings wieder erholt; auch war er gelber als je und empfing mich mit dem hoffnungsvollen Lächeln, das ihm eigen war. Ich begrüßte ihn mit künstlicher Freundschaft. Es war für meine Zwecke notwendig, seinen Mut aufzurufen.“

„Ich besuche Sie hauptsächlich, Verehrtester, um Ihnen von den glänzenden Einnahmen Kunde zu wünschen, die uns der Donnerstag gebracht hat.“ Ich sah, mit derselben Absicht, munter. Es machte mir nicht die geringsten moralischen Bedenken, denn Delano durchschaute mich, trotz seines trüben Blicks, ohne alle Schwierigkeit, und ich erwiderte dies.

„Glänzende Einnahmen!“ höhnte er. „Wenn Sie nur wüßten! Es reicht gerade, um die dringendsten Schulden zu bezahlen, wenn wir weiter existieren wollen. Fünf Minuten vor Ihnen war ein Mann hier, der die zweite Anzahlung für die Holzstraße haben wollte, die Sie uns zusammengekauft haben. Sieht das wie Kredit aus? Ah, dieser Krieg, dieser Krieg! Das war anders vor fünf Jahren, und ich fürchte, selbst Ihre Dampfpflug wird uns nicht herausdrehen.“

„Kaffen Sie Mut, Herr Delano,“ sagte ich mit steigender Besorgnis; „selbst in den alten Sklavenszeiten haben Sie sicherlich nie einen besseren Tag gehabt als den letzten Donnerstag. Sie müssen fünfzigtausend Dollar eingenommen haben, nach dem Bericht zu urteilen, mit dem Sie abends in Ihrer Bekleidungslehre. Seinen Ehrenpreis hat der Dampfpflug geknallt bezogen.“

„Mein Gesicht!“ rief Delano mit schmerzlicher Entrüstung. „Kann ich dafür, daß ich mit einer heiteren Miene geboren wurde? Sie täuschen sich bitter. Mein Gesicht wird noch mein Tod sein. Alle Welt sieht mich mit meinem vergnügten Gesicht, auf dem ich vor Sorgen zusammenbreche. Dieser Krieg hat uns alle ruiniert. Nichts aus der guten alten Zeit ist übriggeblieben als mein Gesicht; glauben Sie mir das. Aber daraus Schlüsse zu ziehen auf unsere Kassenverhältnisse, das ist grau-sam!“

Badische Politik

Der freudestrahlende Herr Mager

Im Anschluß an den Prozeß Mager-Pfeffer veröffentlicht Herr Dr. Pfeiffer folgenden Brief, der die innere Stellung des Herrn Dr. Mager zu nachstehenden Fragen in einem helles Licht rückt. Der im Prozeß mehrfach erwähnte Zeuge Weber, Direktor der Deutschen Luftfahrt in V. Johannstädter, dessen von der Partei Pfeiffer beantragte Ladung vom Gericht abgelehnt worden war und auf private Ladung hin aus beruflichen Gründen nicht erscheinen konnte, sendet an Dr. Pfeiffer folgende eidesstattliche Erklärung:

„Im vergangenen Jahre hatte ich bei der Kommission des Reparationsrats zu tun zwecks Freigabe von Flugzeugen für den zivilen Luftverkehr. Die Kommission hatte damals ihren Sitz in einem Hause in der Königsplatzstraße.

Eines Tages lernte ich im Vorzimmer des Herrn Major Buhl Herrn Mager kennen. Wir unterhielten uns sehr lange. Herr Mager erklärte, daß er die in der Luftfahrt angelegenen Luftschiffhallen zu kaufen beabsichtige. Dieser Kauf ist auch, wie mir Herr Mager nachträglich erklärte, zustande gekommen. Acht Tage später traf ich Herrn Mager bei der Kommission wieder und war die Unterhaltung zwischen Herrn Mager und mir ungefähr wörtlich folgende:

„Herr Mager erklärte mir, daß bei den gekauften Luftschiffhallen in der Dinslaringen Anlagen seien, deren Abruch das Landesfinanzamt nicht gestatte, da nach der Ansicht der deutschen Regierung Sollen-Anbauten nicht zu dem Verkauf gehörenden Hallen gehörten. Er werde jetzt einfach zu Major Buhl gehen und von ihm beschreiben lassen, daß bei dem Verkauf der Hallen die Anbauten mit inbegriffen seien. Die Art, die Herr Mager dies vorbrachte, machte mich stutzig und habe ich auch sofort darauf hingewiesen, daß es doch zweckmäßiger wäre, die wachsenden deutschen Stellen erst zu befragen, da sich gerade durch solche eigenmächtigen Handlungen des öfteren Schwierigkeiten ergeben haben, die insbesondere der Fliegergesellschaft schaden.“

Herr Mager meinte, das wäre ihm ganz gleichgültig, er wolle unbedingt die Sollen-Anbauten haben.“

Bei seiner Rückkehr von Major Buhl erklärte mir Herr Mager freudestrahlend, daß Major Buhl seinen Standpunkt bezüglich der Sollen-Anbauten teils und an die deutsche Regierung den Abruch der Sollen-Anbauten genehmigen müsse. Später habe ich von Herrn Mager nichts mehr gehört.“

Ich erkläre hiermit durch meine Unterschrift an Eidesstatt, daß die vorstehenden Angaben den Tatsachen entsprechen und daß die Vorgänge sich wie im oben geschilderten Sinne abgespielt haben.

Berlin-Johannstädter, den 19. Oktober 1922.

(G. Weber.)

Die Gemeindevorwahlen

Aus Spielberg schreibt man uns: Im Amtsbezirk Stillingen haben sich der Bauernbund, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Christlichsozialen und die Demokratische Partei zu einer bürgerlichen Vereinigung zusammengeschlossen. An erster Stelle des Wahlvorschlages der Wahlkreise steht der Bauernverbandsführer Herr Rinkel aus Spielberg. Beim Lesen dieses Namens steigt einem unwillkürlich die Frage auf, ob denn die bürgerliche Vereinigung ein Amt für Obdachlose ist? Denn Herr Rinkel mußte vor wenigen Wochen als Gemeindevorstand vom Rathaus verschwinden, und zwar aus Gründen, die es noch als merkwürdig erscheinen lassen, daß der Herr nun auf einer anderen Seite aufsteht.

Bei den Wählern der verschiedenen „Volksparteien“ gab es nach Bekanntgabe dieses Wahlvorschlages ein allgemeines Grimassenziehen. Aber aus Angst vor der Sozialdemokratie wird man eben in den lauren Apfel beißen — und auch Herr Rinkel wählen.

n. Stillingen, 23. Okt. Nur noch wenige Tage trennen und von den Gemeindevorwahlen. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1919 standen sich in unserer Gemeinde zwei sich bekämpfende sozialistische Parteien gegenüber. Nachdem sich nun die beiden Parteien vereinigt haben, ist es Pflicht eines jeden Genossen, der der U.S.P. angehört, sich der vereinigten Sozialdemokratie anzuschließen. Jeder, der als Sozialdemokrat den höchsten Verdienst miterleidet hat, muß nun in seinem Innern wieder Ruhe, Freude und Mut zu neuem Wirken und Vegetierung zu freudigem Kampfe und zum Siege gefunden haben. Wenn die damals als U.S.P.-Vertreter gewählten Genossen auch wirklich aus A.P.D. Schwänken und bis heute keine U.S.P.-Organisation in unserer Gemeinde mehr bestand, so hoffen wir doch, daß alle die, die sich zur U.S.P. zählen, sich reiflich der vereinigten Partei nun anschließen. Aber nicht nur die Mitglieder der U.S.P., sondern alle Arbeiter, kleine Landwirte und Beamte

die auf dem Boden der sozialistischen Republik stehen, sollen sich aufpassen und sich der vereinigten sozialistischen Partei anschließen. Denn nur sie allein gibt die Gewähr, daß das, was für die arbeitenden Massen getan werden muß, so weit es irgend möglich ist, getan wird. Dies hat die Sozialdemokratie aus während der letzten 8 1/2 Jahre im Gemeindeparlament bewiesen, denn sie hat immer und zu jeder Zeit mit den Interessen der arbeitenden Massen immer nur die Interessen einzelner zu wahren gesucht. Auf also, zur Arbeit für die Sozialdemokratie, die mit ihr der Sieg wird.

Unterrichtsminister von Zentrum Gnaden

h. n. Das Zentrum veranlaßt zurzeit seine Herbstparaden; es hat in allen Teilen des Landes sogen. Kartentage ab, zu denen die Anhänger in großen Scharen herbeiziehen — die „Kartentage“. Der Zentrumsehrwürdige Herr Minister, der Herr „Kartentag“, Dr. Schofer erscheint in höchstgehobener Person, das noch der eine oder andere Herr von der Regierung, Abgeordnete, Abgeordnete aus Berlin usw., eben alles, was nötig ist um den herrlichen Kartentag zu zeigen, wie groß und gewaltig die herrliche Zentrumspartei ist. Mehr wollen ja auch die bedürftigsten Schichten nicht; ein freundlicher Blick des Herrn Kartentags, ein geschickter Händedruck des Herrn Abgeordneten, die teilnehmende Frage des Herrn Kartentags, ob die Ausgabekarte, ob das Land gut heimgekehrt worden sei, einen schönen Gruß an die Mutter, dies genügt vollkommen, um den Kartentag wieder in heiliger Begeisterung für seine große Partei entlassen zu lassen. Von einer Aussprache über diese oder jene politische oder wirtschaftliche Frage ist jenen etwas zu bemerken. Zum Ausprechen gehört eben Denken, und ein denkender Zentrumswähler ist nur noch ein heiliger Zentrumswähler. Das Nebenbesorgen die Partei höher, gründlich und lang! Und wenn alles aus ist, geht jeder vergnügt und zufrieden nach Hause.

So ward auch in Wühl, allwo letzten Sonntag das Zentrum für den Wahlkreis Offenbach-Walden einen „Kartentag“ abhielt. Regie gut, Aufmachung gut, Darsteller hervorragend! Herr Schofer hielt die übliche große, politische Rede; die Rede war, wie gewohnt, prägnant; großer Applaus, große Begeisterung, herrliche Stimmung. Es wäre also an sich zu der Veranstaltung nichts zu bemerken, da es sich ja lediglich um die Wiederholung eines gut sitzenden Theaterstücks handelt, wenn nicht Herr Dr. Schofer in seiner Rede über die innerpolitische Politik Ausführungen gemacht hätte, die einiges Aufsehen erregen dürften. Herr Schofer kam auf den Wechsel im Unterrichtsministerium zu sprechen, er würdige zunächst „vorsichtig“, wie der „Bav. Beobachter“ bemerkt — den scheidenden Unterrichtsminister Dr. Gummel, um dann über die Reuebeziehung des Unterrichtsministeriums sich folgendermaßen auszulassen:

„Die Frage, welche gegenwärtig am stärksten im ganzen Lande am stärksten ist, geht dahin: Wer wird Unterrichtsminister? Sollte nicht das Zentrum als weitaus stärkste Partei den Posten für sich beanspruchen? Das hindere der Grund, die letzte Frage mit Ja zu beantworten, vorläge, dann von niemand bestritten werden, namentlich wenn man in Erwägung zieht, daß die Demokratie mit nur 7 Wählern von 86 in dem Landtag und von 62 der Koalition vertreten ist. Es sind also nur 12 Prozent der Koalitionsmehrheit. Nun ist es aber ein Zentrumsgrundgesetz, der namentlich von unserem großen Führer immer hervorgehoben wurde, im Zusammenarbeiten mit anderen Parteien das Zentrum zu vertreten, damals nicht gegen die anderen, auch bis zum Umsturz des alten Regimes zu stehen und zu fördern. Diesem Zentrumsgrundgesetz ist es zu danken, daß 1919 die Regierung schließlich zustande kam. Die Opfer im Dienste des Vaterlandes waren damals nicht gering. Sie wurden selber Jahr für Jahr weiter gebracht. Das Zentrum darf darauf wohl die Erwartung stellen, daß man auf der anderen Seite dafür auch ein Verständnis zeigt und in den Vorschlägen für die Nachfolger des Herrn Ministers Dr. Gummel auf die Stärke und Aufschwünge des Zentrums die Rücksicht nimmt, die auch ihm ein Zusammenarbeiten auf der bisherigen Grundlage ermöglicht.“

„Sollte gegen alle Erwartung über all das hinweggegangen werden, was ich inoffiziell nicht für möglich hielt, so müßte meines Erachtens die Reuebeziehung der Regierung von uns ins Auge gefaßt werden; mindestens müßte ich diese unserer Realisation vorschlagen.“

Wir wissen nun, daß nichts so heiß geessen wird, wie es auf Kartentagen gefaßt wird, und daß gerade auf Kartentagen die Wähler besonders voll genommen werden, besonders dann, wenn die Zusammenkünfte in einer Gegend abgehalten werden, wo der „Reue“ gerade in seiner besten Gärung ist. Wir wollen also das, was Herr Dr. Schofer

mit allen Anzeichen hoffnungsloser Verzweiflung wendet sich Delano gögernd nach dem Kassenjunker. Auf dem Wege machte er einen letzten Versuch, ihn an die zwei Klaster Holz anzuklamern, und wollte von Lawrence wissen, wie zwei Klaster Kubikmeter wertvoller Eichenholzstücke preislos verschwinden können. Lawrence sah ihm Lawrence den Kopf schütteln und erklärte, daß sie beide nichts von Eichenholz verstanden. Dann zählten sie siebenhundertfünfzig Dollar in Papiergeldern auf den Tisch, wobei Delano mit dem peinlichsten Vorstoß, Lawrence mit jugendlicher Unbesonnenheit drauflos arbeitete. Ich hatte in meinem ganzen Leben eine solche Lumpensammlung nicht gesehen. Ein halbes Dutzend völlig entwerteter konföderierter Papierre wurden von Lawrence mit eifriger Entrüstung auf den Boden geworfen und von Delano fortgeschickt wieder aufgehoben.

„Aber das ist ja lauter Stahlgeld!“ sagte ich, als die beiden Herren fertig zu sein schienen und Lawrence mich triumphierend herankamte, um die Kolonnen zu bewundern, die er mit mühsamer Präzision aufgestellt hatte.

„Stahlgeld!“ rief er, mich mit einem Anflug von Verstim-mung ansehend. Delano brach in ein bitteres Lachen aus.

„Guter Gott!“ rief er, „Herr Gutz wünschte ohne Zweifel Golddollars zu sehen; Golddollars in New Orleans.“

„Das nicht,“ entgegnete ich etwas niedergedrückt. „Aber Gobenbads, Unionsgeld glaube ich beschränken zu dürfen. Das ist wahrhaftig schlecht genug. Bedenken Sie, meine Herren, die Dampfeisenbahn stellen gute englische Pfunde, und nicht wertige.“

Delano und Lawrence sahen sich an. Lawrence etwas verzlegen, Delano mit dem Mephistopheles aus der Badierrellybene im zweiten Teil des Faust, höflich und voll Profits.

„Herr Stahlgeld nimmt kein Pfund außerhalb New Orleans,“ fuhr ich fort, und auch hier weiß niemand, was er in der Hand hat. Vorige Woche waren Ihre Kommunalwahlen. Die Zeitungen sagen, daß die Kreditart ein nun auch mit ihrem Zweck gescheitert sei wie das glückliche New York. Am Tage nach der Entscheidung fiel das Stahlgeld um zwanzig Prozent, glickte wieder um fünf. Siebenhundertfünfzig Dollar sind heute keine dreihundertfünfzig Dollar in Gold wert, keine fünfshundert in Greenbacks! Ich glaube mit einer adäquaten, zehnjährigen Körperkraft zu tun zu haben, Herr Lawrence, als wir unser Abkommen befrachten.“

Meine Stimme gitterte vor innerer Bewegung. (Fortsetzung folgt.)

Französische Pläne zur Loslösung des Rheinlandes von Deutschland

Herr Dariau, der Vorsitzende der Finanzkommission des französischen Parlaments, ein sehr einflussreicher Herr, hat über eine in amtlichem Auftrag ausgeführte Reise in das Rheinland einen Geheimbericht verfasst, aus dem die „Frankfurter Zeitung“ in der Lage ist, wichtige Stellen wiederzugeben. In dem Bericht für die Öffentlichkeit bestimmten Geheimbericht erzählt Herr Dariau sehr instruktiv, welche Ziele die französische Politik im Rheinland verfolgen soll. Der Herr meint, die rheinische Bevölkerung sei bearbeitungsfähig; er spricht dann von dem angeblich schlechten Willen Deutschlands zur Erfüllung der Verpflichtungen und ist der Meinung, wenn erst die rheinische Bevölkerung mit einer viel längeren als im Friedensvertrag vorgesehenen Besetzung des Rheinlandes rechnen könne, werde sie sich mit den Franzosen schon einarbeiten. Aber, so fügt Herr Dariau weiter aus, Frankreich habe leider im Rheinland eine Politik der Schwäche getrieben, die den Worten der Kraft gefolgt sei, und nun können wir ihn selber.

Diese Worten der Kraft folgten die der Schwäche: Die Hand hat nicht ohne den meisteigenen Deutschen am Fesseln gewagt zu haben, die Londoner Konferenz verminderte unsere Rechte, beschneidete unsere Forderungen, gab der Bevölkerung Rheinpreussens und der deutschen Bevölkerung das sehr deutliche Gefühl, dass unser Land sich auf den Weg der Konvention begeben hätte, dass das unbeschaltete Frankreich die in seinen Händen befindlichen Pfänder nicht realisieren wird. ... Der Herr meint, was uns von Mainz bis Köln die schmerzliche Epoche, wo unsere Politik des Scheiterns in die Erscheinung trat.

Die preussische Propaganda wurde durch diesen Versuch ermüdet. Sie verdoppelte ihre Intensität, sie behauptete, dass, wenn die schlechten Tage vorüber seien, das Reich bald wieder die Herrschaft über seine weltlichen Provinzen zurücknehmen würde. Jede französische Politik im Rheinland ist jedoch einer Vorbereitung untergeordnet: der verlängerten Aufrechterhaltung unserer Rheinlandarmee in den besetzten Gebieten. Ohne diese Sicherung ist die Politik unangenehm präfix.

In dem Leben einer Nation zählen 5, 10 oder 15 Jahre wenig. Wenn wir uns am Ende dieser kurzen Periode zurückziehen sollen, dann muss unsere Rolle sich auf eine Befestigung militärischer Garantien beschränken. Sollen wir im Gegenteil bleiben? Alle Arten von Möglichkeiten öffnen sich vor uns. In dieser Hinsicht haben die französischen Regierungen seit 1919 wohl zu wiederholten Malen erklärt, dass infolge der Nichtausführung der deutschen Verpflichtungen die Fristen dieser Befestigung suspendiert waren. ... Aber die Hypothese ist nicht realistisch als eine unüberwindliche Entscheidung proklamiert worden.

Die juristische These des Hypothekenrechts, das dem unbeschalteten Gläubiger gewährt, das von dem Schuldner in Garantie gegebene Pfand zu realisieren, zwingt sich hier auf. Das Gläubigerland Frankreich hätte von dem Schuldner Deutschland die Rheinlande als Pfand erhalten. Unbeschaltete geblieben, heißt und verwertet Frankreich das Pfand — und brachte seine Entschädigung der beteiligten Bevölkerung zur Kenntnis.

Obwohl es beabsichtigt gegenüber diesem Keinen Zwang, keine direkte oder indirekte offene oder verdeckte Form der Annexion. Es bekräftigte allein die Notwendigkeit, am Rhein zu bleiben, solange es nicht die berechnete Genehmigung erhalten habe, welche ihm aus den Verträgen zustand — das Bedürfnis, ein militärisches Glied für sein Pfand zu erhalten. Mit demselben Schloß würde es die Rheinländer von der Furcht einer baldigen Rückkehr unter die preussische Justiz befreien und ihre Zukunft konsolidieren.

Der erste Akt dieser Politik ist die finanzielle Organisierung des Rheinlandes: eine Zollgrenze im Osten gegen Deutschland, ein Zoll im Westen gegen Frankreich erniedrigt, um das wirtschaftliche Leben zu vermindern, welches aus einer doppelten fiskalischen Natur sich ergäbe, die den Warenaustausch vermindern und das industrielle Leben des Rheinlandes kompromittieren würde; ein vom Reichsbudget getrenntes Sonderbudget; Erfolge der schiffbrüchigen Mark durch ein gesundes Geld.

Der zweite Akt ist die Erhebung der preussischen Beamten durch rheinische Beamte.

Der dritte Akt ist die Ausdehnung der Gewalt der Hohen Kommission und die Einberufung einer gewählten Versammlung. Das sind zweifellos ehrgeizige Pläne, die aber, mit Weisheit und Unterscheidungsvermögen ausgeführt, und zwar in dem Maße ausgeführt, als Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wird, vollkommen berechtigt wären. Das ist eine Politik langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie ein und das andere der aufeinanderfolgenden Kettenmitglieder einer überlegten Aktion anfügen muß, welche nach und nach von Deutschland an Rheinland jenseits wird, das frei ist unter der militärischen Hut Frankreichs und Belgiens.

Wenn auch über Frankreichs Pläne am Rhein seit Jahren kein Zweifel mehr sein konnte, so ist die Veröffentlichung wichtiger Stellen aus Herrn Dariaus Geheimbericht doch wertvoll. Und wie sich zeigt, der Herr wird von dem Echo, das er am Rhein findet, verdammt wenig erbaut sein.

da im schönen Weinland Landgeit, mehr als einen gut gelungenen Theaterdonner, denn als ein ernstes Gewittergrollen ansetzen. Herr Schofer will blühen. Es wäre nach unserer Ueberzeugung dem Zentrum sicher äußerst unangenehm und es läme in die größte Verlegenheit, wenn die anderen Parteien nun Herrn Schofer beim Worte nehmen und ihm den Posten des Unterrichtsministers überlassen würden. Das Zentrum ist doch gerade bisher famos damit gefahren, daß auf der Spitze des Unterrichtsministeriums einzufahren und allein ein Demoskribronz, der die Prägung bekam für alles, was seine Zentrumspolitischen Gesinnungen im Lande anrichteten. Das Zentrum muß doch eigentlich den gegenwärtigen Zustand als geradezu ideal betrachten. Das richtige wäre nun allerdings, wenn auch nach außen hin durch einen Zentrumsmittler dokumentiert würde, daß das Ministerium (sowie in rücksichtlichen Geiste geleitet wird. Lange ging zwar die Herrschaft nicht! Denn die 99,9 Prozent der badischen Lehrerschaft, die mit dem Unterrichtsministerium unzufrieden sind, bekamen in kürzester Zeit auch den größten Teil des Volkes auf ihre Seite. Das wissen auch die Herren vom Zentrum, sie fühlen sich recht wohl bei den Reueigen, die der Minister für die Sünden anderer bekommt. Das Zentrum ist dabei kein Heraus, denn der Verantwortliche ist ja ein Demoskribronz! Wir können uns nicht denken, daß das Zentrum nun ein Interesse daran haben sollte, diesen idealen Zustand geändert zu sehen. Außer vielleicht die Angst, es könnte vielleicht ein Minister kommen, der zunächst im eigenen Betrieb einmal eine gründliche Leistung vornehmen wird.

Was die „Opfer“ anbelangt, die das Zentrum seit 1919 durch seine Teilnahme an der Koalitionregierung in Baden gemacht haben will, so bestehen diese Opfer sicher nur in der Kammer des Herrn Schofer. Wenn drei Parteien eine Arbeit übernehmen, so hat jede gewisse Konzeptionen zu machen und wir glauben bestimmt sagen zu können, daß die Opfer, wenn man dieses Wort des Herrn Schofer nun einmal gebrauchen will, — die die Sozialdemokratie gebracht hat, mindestens so groß sind, wie jene, die das Zentrum gebracht haben will. Über unsere Partei macht aus diesen Opfern im Dienste des Vaterlandes kein Aufstandsgedanke, sehr sich deswegen nicht auf hohe Stufen zu erheben, sondern verlangt nur das, was ihr auf Grund ihrer Stärke zukommt. Wenn das Zentrum auf seine 34 Mandate nicht mehr und glaubt, allein im Lande wirtschaften zu können, — aber wie es vielleicht in Zukunft nach rechts jucken? — unsere Sorgen hat es lange nicht die Herrschaft aber nicht dauern. Ob die Demoskribronz in ihre Wahl des Unterrichtsministers unter Aussicht und nach den Vorschriften des Zentrums vornehmen wollen, ist ihre Sache. Die Sozialdemokratie würde sich jedenfalls diese unbeschalteten Einmischungen ernstlich verdienen. Aber, wie gesagt, wer will wir noch annehmen, daß es Herr Schofer in Wahl nicht so ernst gemeint hat. Er war halt ein bißchen Theaterdonner in getreueter Kopie des „großen Führers“ Wader! —

Kleine badische Chronik

Seibersheim, 23. Okt. Vom städt. Holzgeld sollen 100 Millionen Mark in Umlauf kommen. Die Herstellungskosten betragen dreiviertel Millionen. — Durch Einbruch wurden in der Nacht zum 22. ds. Mts. in der Bergheimer Straße Kleiderstoffe, Herrenmäntel und ein Herrenfahrad im Gesamtwert von 600 000 M. gestohlen. — Ueberfall. In der Nacht zum Montag wurde in Dörsenheim ein Student von acht jungen Burshen damit mit Säcken verschlagen, daß er zunächst bewußtlos liegen blieb und schwere Kopfverletzungen davontrug.

Manheim, 25. Okt. Vorigen Donnerstag, morgens nach 7 Uhr, betreten zwei Männer die Umkleekabinen der Fähr- und Wasserleitung und erkundigten sich nach dem Schlüssel der Umkleekabinen. Sie nahmen dann von dem auf dem Schlüsselkasten befindlichen Schlüssel drei weg, öffneten das Bad und nahmen ein mitgeschicktes Handtuch von 127 Pfundgewicht, 20 Handtücher und 2 Meter lange Dielen auf. Nach heftigem Diebstahl brachten die unbekannteren Täter die Schlüssel wieder an ihren Aufbewahrungsort und verließen unter Mitnahme der gestohlenen Sachen den Hof. Die Diebstahlsbelegen sind durch das einbekannte städtische Wappenschild (Wolfsangel) gekennzeichnet.

Manheim, 24. Okt. Infolge Selbstentzündung geriet vor kurzem das Kohlenlager von Raab-Karzer an der Landungsbühnenstraße in Brand, wodurch mehrere tausend Zentner Kohlen abgetrieben werden mußten.

Freiburg i. Br., 21. Okt. Ein Millionendiebstahl. Am 18. ds. Mts. wurde einem Engländer in einem Schnellzug zwischen Manheim und Freiburg eine Reisetasche von einem noch unbekannteren Täter entwendet. In der Tasche befand sich eine schwarze Lederreiseschmisse mit einem Reisepaß, ferner 15 000 französische Franken und 100 belgische Franken in Noten, ein brauner Juwelkasten, eine Rosa-Perlenkette mit Brillant, ein Saphir-Ring mit Brillanten, 4-5 weitere Ringe mit Brillanten, verschiedene Ringe usw. Die Gegenstände stellen einen Wert von mehreren Millionen Mark dar. Auf die Verfolgung ist eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt.

Schopfheim, 22. Okt. Der Anschlag auf den Gendarmeriewachmeister Orendorf hat hier unter der Bevölkerung lebhaftes Erregung hervorgerufen. Der Beamte wollte zwei Individuen in Lautsburg wegen nicht ausreichender Auslandspässe verhaften. Der eine von ihnen, der gebrochen deutsch sprach und einen Paß mit dem Namen Walter aus Saarbrücken hatte, zog kurz vor der Gemeinde, als der Beamte nach rückwärts rückte, einen Revolver aus der Tasche und feuerte auf Orendorf. Die Kugel ging durch das rechte Auge, das verloren ist; vermutlich dürfte aber auch das andere Auge verloren sein. Der Täter ergiff dann die Flucht, während sein Begleiter, ein Franzose, festgenommen werden konnte. Am Abend konnte der Täter dann in Heubronn-Neuenweg verhaftet werden. Man nimmt an, daß beide einer Schmugglergesellschaft angehören oder für die Fremdenlegation arbeiten. Der schwergeprüften Familie des 20 Jahre alten Beamten wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Fürthungen, 21. Okt. Unglücklicher Fall. Der Besitzer des Müllerbades in Schönenbach, F. Fehrenbach, war während der Rückkehr nach dem Einbringen von Garben beschäftigt. Hierbei lief eine Kuh über die Einfahrt in die oben im Dachraum befindliche Tenne, brach durch und fiel in das darunter befindliche Bett der Dienstmagd. Als der jellene Gast es sich darin gerade bequem machen wollte, brach auch die Bettlade durch und die Kuh kam glücklich durch die Decke in dem zur ebenen Erde gelegenen Ställe an, ohne Schaden genommen zu haben. Das Entsetzen des Besitzers kann man sich denken.

Ueberlingen, 21. Okt. Rechtsanwalt Dr. Saur, der Vertreter des Amtmanns Werber, wendet sich in einer an die Konstanzer Nachrichten gerichteten Zuschrift an die Presse und an das Publikum mit der Bitte, mit ihrem Urteil über den Fall Werber bis zum Abschluß der Untersuchung und Klärung der Sachlage zurückzuhalten. Jedenfalls sei der Angelegenheit keine politische Grundlage zugrunde zu legen. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß Amtmann Werber die beiden ihn und seine dochschwangeren Frau beschuldigten Männer in der Dunkelheit nicht erkannte. Die Annahme, daß Amtmann Werber geschossen habe, weil es sich um einen Revolver handelte, ist somit durchaus irrig.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 26. Oktober
Geschichtskalender
 26. Oktober: 1906 H. A. Sorge, letztes Mitglied des Generalsrats der Internationale. — 1920 Die jüdische Volkskammer vollzieht die Verfassung für den Freistaat Sachsen.
Karlsruher Parteinarbeiten
 Zur heutigen Reichsversammlung. Die Parteigenossen, die im Besitze von Eintrittskarten zum Vortragsabend sind, werden dringend ersucht, heute nachmittags 4 1/2 Uhr am Eingange der Festhalle jeweils Abrechnung zu erscheinen. Ebenfalls um dieselbe Zeit die als Ordner bestimmten Vertrauensleute.
 Vereinte sozialdem. Partei. Diejenigen Bezirke, die am nächsten Mittwoch eine Bezirksfeierung von badischen Parteigenossen wünschen, werden ersucht, das Bezirkskomitee sofort bei der Redaktion des „Volksfreund“ anzugeben.
Reichstagsabgeordneter
Wilhelm Dittmann
 Vizepräsident des Reichstages

berichtet heute nachmittags 4 1/2 Uhr im großen Saale der Festhalle, an Stelle des durch einen Beschluss der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Erscheinen verhinderten Abg. Genossen G. Müller.
 Nach Beendigung der Reichstagsfeierung am Dienstag nachmittags trat die Sozialdemokratische Fraktion sofort zu einer Fraktionsfeierung zusammen, um eingehend die ungemessen erlitten innerpolitische und wirtschaftliche Situation zu besprechen und vor allem um über Schritte zu beraten, die getan werden müssen, soll in schwerer Bedrängnis den drohenden Gefahren möglichst begegnet werden. Die eingehenden Beratungen in der Fraktion gipfelten in später Abendstunden eine Reihe wichtiger Beschlüsse und die Wahl einer aus fünf Genossen gebildeten Kommission, die unverzüglich mit der Reichsregierung und den Parteiführern zu verhandeln hat. Zum Führer dieser Kommission wurde Genosse G. Müller in seiner Eigenschaft als Fraktions- und Parteivorstand bestimmt.
 Genosse Müller wird darauf hin, daß er für heute in Karlsruhe und für morgen in Freiburg und für Sonntag auf dem badischen Parteitag Referate übernommen habe. In letzter Stunde abgesehen zu sollen, sei für ihn die für die Genossen in Baden doch außerordentlich peinlich, sowohl im Hinblick auf die politische Situation wie auch der hohen Kosten wegen, die heute die Veranstaltung großer Versammlungen verursachen. Auch Genosse Schöpslin betonte, daß es für die Karlsruhe wie die Freiburger Genossen doch sehr fatal sei, wenn der seit Tagen angekündigte Redner nicht erscheinen könne. Aber Müller, wie Schöpslin mußten angesichts der außergewöhnlich ersten innerpolitischen Lage zugeben, daß die Fortsetzung der Fraktion, daß der Fraktions- und Parteiführer in diesen Tagen Berlin nicht verläßt, durchaus verständlich und gerechtfertigt sei.
 Erfreulicherweise erklärte sich dann Genosse Wilhelm Dittmann, der bis zur Vereinigung Vorsitzender der USF, war und seit einer fastlichen Reihe von Jahren dem Reichsparlament angehört, bereit, für den Genossen Müller einzutreten, trotz dem auch ihm natürlich wichtige politische Aufgaben zurzeit in Berlin gestellt sind. Genosse Dittmann wird also heute in Karlsruhe, morgen in Freiburg und am Sonntag auf dem Parteitag sprechen.
 Wir sind überzeugt, daß die gesamte sozialistische Arbeiterschaft den Rednerwechsel durchaus verstehen wird aus den geschilderten Vorgängen heraus, die sich pöblich herausbildeten und eine Zwangslage geschaffen haben.
 Und gerade dieser tiefe Ernst der Situation wird, so hoffen wir, die sozialistische Arbeiterschaft von Karlsruhe und der näheren Umgebung in Wassen heute nachmittags zur **Versammlung in der Festhalle** eilen lassen.

Schwergericht Karlsruhe
Schurgenzeitung
Schurgenzeitung
 * Karlsruhe, 21. Okt. Ein Verleumdungsfall, der vor einigen Tagen zur Beurteilung einer Frau aus Baden-Baden zu sieben Monaten Gefängnis führte, fand heute ein zweites Nachspiel vor dem Schwurgericht. Unter der Anklage, sich gegen Entgelt dabei betätigt zu haben, hatte sich die 35-jährige, aus Straßburg gebürtige Frau Karla Gerte zu verantworten. Die Verleumdungen kamen zu einem schuldig wegen Verleumdung des Abfertigungsbeamten, wozu das Gericht auf 6 Monate Gefängnis schließlich 1 Monat Untersuchungshaft erkannte. Der Verleumdung wurde aufgehoben. Die am 9. Oktober begonnene dritte Schwurgerichtssitzung war damit beendet und der Vorsitzende endlich die Geschworenen mit herzlichem Dank für treuerfüllte Pflicht in ihre Heimat.

„Aromakron“
 letzte
Kaffee-Essenz
 überall erhältlich.
 Vertreten: Adolf Hausam, Karlsruhe i. B.
 Telefon 4709.

Badische Chronik. Unglücksfall. Der 47 Jahre alte beschaltete Postknecht R. Heller überfiel auf dem Bahnhof in Basel einen Güterwagen eines stillstehenden Rangierzuges. Er trat sehr und stürzte zwischen zwei Wagen auf

Frauenfragen Frauenchutz

Es gibt Wahrheiten, die sich weder aus Theorien noch aus Systemen abstrahieren, Einsichten, die sich weder in Bibliotheken noch in Kängelen erwerben lassen; und der Dünkel der Weisheit hat in der Welt weit mehr Unheil angerichtet, als die Unwissenheit des gesunden Menschenverstandes.

Der Frauenschlag

Bekanntlich sind die Verhandlungen der Spinnengewerkschaften mit dem Reichsfinanzministerium über die Frage der Neugestaltung der Beamtenbesoldung gescheitert. Man konnte sich nicht darüber einig machen, wie der Frauenschlag zu gestalten ist. Während das Reichsfinanzministerium daran festhielt, diesen Zuschlag fortan nach Prozenten vom Grundgehalt und Ortszuschlag zu gewähren, verlangten die Spinnengewerkschaften die Beibehaltung des bisherigen von der Regierung selbst eingeführten Modus, den Zuschlag in einer festen, für alle Beamten gleich hohen Summe zu gewähren.

Anwachsen hat die Vorlage ihren Weg bis zum Reichstag gefunden, und der Reichstag wird sich ebenfalls mit ihr beschäftigen und eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung fällen. Diese wird uns ein größeres Gewicht haben, als Gerüchte — die allerdings unverbürgt sind — behaupten, daß die Absicht bestehe, auch die Kinderzuschläge künftig nach Prozenten vom Grundgehalt und Ortszuschlag zu bestimmen.

Die Freunde dieser Regelung sind nun in der bürgerlichen Presse eifrig bemüht, für diese „Reform“ Propaganda zu machen und gegen die „nivellierende“ Tendenz der hohen Spinnengewerkschaften Sturm zu laufen. Mißgunst und Neid, so meint diese Presse, sind es, welche die „sozialistischen“ Spinnengewerkschaften zu ihrem Vorgehen veranlassen, und man sieht schon den Untergang des gesamten deutschen Kulturlebens vor sich.

Alles Bedenken und Unkenntnis der Dinge! Zunächst einmal sind es nicht die „sozialistischen“ Spinnengewerkschaften, die jene Forderungen erheben, sondern die Spinnengewerkschaften überhaupt. Zum andern handelt es sich nicht um die Nivellierung des Gehalts zwischen unten und oben, sondern um etwas ganz anderes. Bei der Schaffung der Reichsbesoldungsordnung waren sich alle Parteien darüber einig, daß soziale Zulagen — zunächst kamen sie nur für Kinder in Betracht — nur einheitlich sein konnten. Es gab gar keinen Streit darüber, daß das Kind des unteren Beamten genau dasselbe Recht am Leben habe wie das Kind des höheren Beamten. Als Kinderzuschläge wurden also feste Summen gewählt, die für alle Beamten gleich hoch waren. Das war gerecht und ist bis heute so geblieben. Als dann die Frauenschläge eingeführt wurden, um der Not der verheirateten Beamten etwas mehr zu steuern, ist es keinem Menschen eingefallen, diese Zulage anders als ebenso einheitlich wie die Kinderzuschläge zu gestalten. Die Regierung hat auch gar nicht den Versuch gemacht, eine andere Regelung vorzuschlagen. Inzwischen scheint man aber herausgefunden zu haben, daß die Beamtenfrauen ebenso verächtlich zu hennieren sind, wie ihre Männer. Daß es also richtig ist, für die Frau des jungen Regierungsbeamten weniger zu zahlen als für die Frau des alten Regierungsbeamten und mehr als für die Frau des alten Affilierten weniger wert ist als die Frau des jungen Inspektors, die Frau des alten Schaffners weniger wert als die Frau des jungen Sekretärs usw. Doch damit nicht genug. Es kommt auch — immer noch Ansicht der Regierung und der höheren Beamten — darauf an, wo die Frauen leben. So hat nach der Vorlage die Beamtenfrau in Berlin und anderen Großstädten größeren Wert und daher auch größeres Recht auf Ansprüche als die Beamtenfrau in einer Provinzial- oder Kleinstadt oder gar auf dem Lande. Folglich hätte man den Frauenschlag bemessensgemäß.

Diese kurzen Andeutungen dürften genügen, um die Absurdität des Vorschlages darzutun. Unverständlich bleibt, wie der Vorschlag überhaupt gemacht werden konnte. Unverständlich, daß sich sogar die Zentrumspresse, welche doch sonst von sozialer Gerechtigkeit überflutet, zu seiner Verteidigung hergibt. Allerdings erklärte ein Zentrumsobergeordneter, daß die Frauen der oberen Beamten „höhere Kulturaufgaben“ zu erfüllen hätten als die der mittleren und unteren Beamten. Ob als Mutter oder Gattin, darüber schweigt er sich leider aus.

Das ist also die „sinnlose Gleichmacherei“, um die es sich bei dem Konflikt zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsfinanzministerium handelt und über die der Reichstag zu entscheiden haben wird. Mit einer Abwertung der Gehälter hat dies gar nichts zu tun, denn die Sozialzuschläge werden neben den Gehältern gewährt, für welche die Gewerkschaften die von der Regierung vorgeschlagene Spannung fast reiflos aufgeben und nur ein paar Korrekturen für die unteren Gruppen verlangen. Auch ist den Gewerkschaften nicht eingefallen, etwa einen Abstrich an den Gehältern der höheren Gruppen zu verlangen. Sie haben sich lediglich darauf beschränkt, auch für die Lebensmöglichkeit der Beamten der anderen Gruppen zu kämpfen.

Eine vollendete Irrführung ist es also, wenn von einer Nivellierungstendenz der Spinnorganisationen gesprochen und der gleich hohe Frauenschlag als Nivellierungsmoment für das Gehalt, mit dem die Leistungen abgegolten werden, hingestellt wird. Er ist von diesem gesondert zu behandeln und zu betraditen. Dasselbe gilt auch von dem anderen Sozialzuschlag, dem Kinderzuschlag. Sollte sich der Reichstag wirklich dazu bereitfinden, den bisherigen gerechten und bewährten Modus der Sozialzuschläge nach den Wünschen der höheren Beamten abzuändern, dann würde ein Konfliktstoff in die Beamtenchaft geteigt, der sich recht bald unangenehm bemerkbar machen würde.

Kinderelbstmorde

Von Schwester Lydia Kuchland

Der „Hygienischen Rundschau“ ist eine Statistik über Kinderelbstmorde in Baden zu entnehmen, wonach die Zahl der Selbstmorde bei Kindern unter 14 Jahren in den Jahren 1904—1920 42 betrug, darunter 33 Knaben! Das Alter der freiwillig aus dem Leben Geschiedenen bewegte sich zwischen 10 und 14 Jahren. Darunter befinden sich 6 Unheile. Die Art des Selbstmordes war in 22 Fällen Erhängen, 10 Kinder gingen ins Wasser, 5 ließen sich von der Eisenbahn überfahren, 4 erschossen sich und ein Kind stürzte sich von einer Höhe herab. In 32 Fällen konnte der Beweggrund zur Tat zuverlässig ermittelt werden. Meist handelte es sich um Furcht vor Strafe. In 5 Fällen lagen geistige Störungen vor. Nur in einem Fall war ein schlechtes Schulzeugnis die Ursache zur Tat.

43 Kinder! Von diesen waren 33 Knaben. Es scheint demnach, daß das Erleben der Knaben in dem Alter sozialer, unangenehmer ist, als das der Mädchen. In diese Jahre fällt die Reifezeit mit ihren gesteigerten seelischen Konflikten, der Reifezeit von „Piegesäcken“ und gibt sich kaum Mühe, den Ursachen nachzuforschen, warum die Kinder in dem Alter so schwer regierbar, so ungleich in ihrem Wesen sind. Es leidet etwas und drängt zur Reife; zur Scheu vor dem Fremden, Unbekannten kommt in vielen Fällen die Unmöglichkeit, sich einem anderen Menschen zu offenbaren, das macht sie herb, rau, manchmal sogar roh — die meisten Eltern reden dann von „Freiheit“ und wissen nicht, daß das neue Wesen der Kinder ein neues Werden zur Ursache hat. Man darf wohl sagen, daß im Leben der Kinder, die freiwillig aus dem Leben gehen, der schöne heilige Name „Mutter“ nur ein toter Begriff ist, daß diese Kinder nicht den Weg zum mütterlichen Herzen und Verleben fanden. Ein fürchterliches Martyrium durchwandern alle die unverständlichen jungen Selbstmörder. In ihrer Kinderseele leidet wohl zuerst eine Sehnsucht, deren Unerfüllbarkeit sich in Wehmut wendet, die allmählich in Schwermut übergeht und sich in dunkle Fernen verliert, bis eines Tages das Dämmlicht in ihnen so stark wird, daß sie an allem verzweifeln, keinen Weg mehr sehen und ihrem Dasein ein Ende machen. Bei ihnen ist keine Mutterliebe kein gütiges Versehen. Sie erlitten irgend ein Unrecht, das vergiftete ihre Kinderseele zu einer Zeit, wo die innere Entwicklung heftige Kämpfe durchmachte, wo sie suchen und tasten bis zur völligen Hilflosigkeit, das ihnen das Leben wertlos wird.

Kann es etwas Tröstliches geben? Nicht jedes unerwartete Kind macht seinem Leben gleich ein Ende. Aber es wendet sich an von der, die ihm das Leben gab und neigt, oft viel zu früh, zum anderen Geschlecht, zu einer Zeit, wo ihm das Leben noch eine Fülle von Nützen ist, die zu Wesen nur mütterliche Gerechtigkeit berufen wäre. Erzwungen kann freilich keine Mutter das Vertrauen ihres Kindes. Vertrauen muß aus dem Verhältnis erwachsen, in dem Mutter und Kind seit früher Jugend zueinander stehen.

Wo das Vertrauen fehlt, muß Entzweiung eintreten — wo fehlt da der Begriff: Familie? Ich las in diesen Tagen das Buch des Sohnes der Lily Braun: „Aus dem Leben eines Frühvollendeten“ von Otto Kraun. Manche unserer älteren Genossen entzünden sich diesen jungen Menschen als Schulladner noch sehr gut. Fast alle waren erlaucht, ob seiner außerordentlichen Klugheit und Frühreife. Man möchte sein Buch in den Händen eines jeden Jugendlichen wissen. Schon allein wegen des wunderbar innigen Verhältnisses zu seiner Mutter.

In seinem Tagebuch finden sich Aufzeichnungen, die Zeugnis geben von dem überaus warmen Verhältnis, das Otto Kraun bei seiner Mutter fand, auch da, wo seine Gefühle und Empfindungen dunkel und verworren nach Aussprache rangen. Einmal schreibt der Giffling an seine Mutter: „Möchte endlich der Tag kommen, an welchem ich mein Brot verdienen kann. Dann werde ich die goldene Paläste bauen zum Dank dafür, daß du mich geboren und erzogen hast.“ — Ein andermal: „Ich bin traurig, las viel und beherzichte mich — das ist bei mir das Zeichen größten Schmerzes.“

Als Zwölfjährigjähriger philosophierte er: „Was ist der Zweck des Menschen, was seine Herkunft? Woher entkamst das Leben? Was ist der Dinge Ursprung?“ — Wenn dieses Suchen und Denken junger Kinder in der Zeit ihrer Menschwerdung keine Geimstätte hat, wo sie Verleben findet, wenn dann keine Mutter mit Güte und freierem Einfühlen, zugleich mit starker Hand die Seele ihres Kindes aus dem Chaos führt, dann mag es wohl dahin kommen, daß sich ein Kind abwegig wird und alle Lust am Leben verliert, am Leben, was gerade in den Jahren voller Widersprüche und Unausgeglichenheiten ist.

Wie viele oder wie wenige Mütter mögen ihre Aufgabe nach dieser Richtung hin gewachsen sein? Oder sollte die Einführung in fremdes Seelenleben dem Fremden leichter werden als dem Familienangehörigen seinen Eltern gegenüber? Etwas hat die neue Zeit die Aufgabe, Mütter zu schulen, um dem Problem seelischer Einführung näher zu kommen.

Zur geburtshilflichen Statistik im Jahre 1920

Seit einigen Jahren schon hört und liest man vom Geburtenrückgang im deutschen Reich und knüpft allerlei Befürchtungen an diese Tatsache. Daß in Baden die Gefahr eines Bevölkerungsrückgangs noch nicht bedenklich ist, beweist die vom Statistischen Landesamt soeben veröffentlichte geburtshilfliche Statistik für das Jahr 1920. Es sind 2 Frauen im Verhältnisjahr sogar zum 22. Male niedergeboren, und die Zahl der Frauen, die schon 11 und mehrmals Mutter geworden sind, betrug 1211. Im ganzen sind im Jahre 1920 60 673 Frauen niedergeboren; 23 832, d. h. 39 Proz., zum erstenmal, 11 426, d. h. 18,8 Proz., zum zweitenmal, 25 503, d. h. 42,2 Proz., zum drittenmal und mehr. Das Verhältnis weist sogar für die ersten 6 Monate niedergeborenen Frauen die größte Zahl auf, die seit Jahrzehnten festgestellt werden konnte.

Die genossenschaftliche Mitarbeit der Frau

An der genossenschaftlichen Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und der Verbandssekretäre des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 25. und 26. September in Hamburg wurden u. a. auch Maßnahmen für die Mitarbeit der Frauen in den Konsumgenossenschaften beschlossen. Als Ziel der besonderen Arbeit unter den Frauen wird deren Erziehung zu treuen, überzeugten Genossenschaftlerinnen durch genossenschaftliche und doktrinäre Aufklärung angesehen. Zum anderen soll unter den Frauen das Verständnis für genossenschaftliche Kleinarbeit wach-

gerufen und sollen sie zu bezirksweise gegliederter Mitarbeit angeleitet werden, als da ist: Mitarbeit zur Aufnahme neuer Genossen, zum Besuche säumiger und ausgeschiedener Genossen, zur Einklassierung des Geschäftsguthabens usw., zur Zustellung der Genossenschaftspresse, auf einen guten Besuch der genossenschaftlichen Veranstaltungen, Versammlungen usw. hinzuwirken. Im allgemeinen wird darauf hingewirkt sein, daß die genossenschaftliche Aufklärungs- und Kleinarbeit gemeinsam von Frauen und Männern unternommen wird. In besonderer Weise können Frauenzusammenkünfte mit genossenschaftlichem, allgemein belehrendem, hauswirtschaftlichem und geselligem Charakter zweckmäßig erscheinen. Regelmäßige Zusammenkünfte dienen der genossenschaftlichen und wirtschaftlichen Belehrung und dem Austausch von Erfahrungen. In besonderer Weise können personal hierzu einzuwenden. Zur Ergänzung der genossenschaftlichen und der Vortragende für Frauen werden örtliche Interkurse empfohlen, die sich mit genossenschaftlichen, volkswirtschaftlichen, eventuell hauswirtschaftlichen Fragen zu befassen hätten. Sodann wird die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine damit beginnen, im Anschluß an die Vorstands- und Ausschusssitzungen in jedem Revisionenbesuch besondere Kurse für Genossenschaftlerinnen abzuhalten, wobei erachtet wird, daß die Veranstaltungen vor allem die weiblichen Mitglieder dieser Körperschaft, die Helferinnen, Entfalten. Bei einer Vermehrung der Zahl fürernehmer weiblicher Mitarbeiterinnen und Sekretarinnen sind zentrale Kurse in Aussicht genommen.

Eine englische Musterstadt

Die fortschrittlichste Stadt Englands in Bezug auf das Schulwesen ist Bradford. Sie bemüht sich ernsthaft und ohne Rücksicht auf die Kosten die Neuerungsversuche des Erziehungsgegesetzes von 1918 Wirklichkeit werden zu lassen. Der Haushaltsplan der 300 000 Einwohner zählenden Stadt überweist von 2 Mill. Pfd. Sterl. ein Drittel dem Erziehungsamt; dazu tritt die gleiche Summe an Staatsunterstützung; zusammen 3 000 000 Pfd. Sterl. für Schulzwecke. Die Volksschulpflicht umfaßt 9 Jahre, da mindestens ein Jahr Kindergarten dem eigentlichen Unterricht vorangeht. Auf 82 000 Kinder kommen 1081 Lehrkräfte. Den regelmäßigen Schulbesuch überwachet ein besonderer Inspektor mit Hilfskräften, die den Kindern unentgeltlich Hausaufgaben in den Schulstunden in Zeiten mütterlicher Not haben schon 8000 täglich die Wohltat der Schulfreizeit genießen. Auch Kleidung und Schuhwerk werden reichlich verteilt. Hauptamtlich angestellt sind 5 Schulärzte, 4 Schulgärtner, 16 geprüfte Schulpflegerinnen, 7 Heilmassagierinnen und Wollfleurer; außerdem leben noch 4 Chirurginnen bei Bedarf im Dienste des Schulamts. Kranke Kinder werden allmählich einer der drei städtischen Schulkliniken überwiesen. Schwache und Geringe verbringen den Tag in einer Freiluftschule am Seume der Stadt. Für Fernschülerinnen, Stotterer, Nervöse usw. sind besondere Einrichtungen getroffen. Während der großen Ferien werden Tausende in Jettlager gebracht, wo sie 14 Tage mindestens sich erholen.

Alljährlich im März legen alle Kinder zwischen zehn und zwölf Jahren eine Prüfung ab, die auch eine Schätzung nach Anfertigung eines einseitigen, der mehr als 85 Proz. der möglichen Punkte erreicht, wird in die höheren Schulen aufgenommen. Die Eltern erhalten die Mitteilung, daß die Stadt ihrem begabten Kinde Schulgeldfreiheit gewähren will, wenn die Eltern sich verpflichten, es bis zum 18. Lebensjahre in einer höheren Schule zu belassen. Wer es aus finanziellen Gründen lieber beizugehen lassen möchte, wird durch Zuerkennung einer Erziehungsbeihilfe ungesäumt. Die höheren Schulen weisen für Knaben und Mädchen etwa die gleiche Zahl Plätze auf; sie bieten Ausbildungsmöglichkeiten für die verschiedensten Begabungen und Neigungen. Mit 16 Jahren treten die meisten in das tätige Leben. Nur diejenigen setzen ihre Studien bis zum 18. Jahre fort, die das erste Examen der Universität des Nordens bestanden. Auf diesen Universitäten hat die Stadt 100 Freiplätze geschaffen, so daß ihre geistige Elite auf Kosten der Gesamtheit freie Bahn bis zum Ende der Studienjahre hat.

Literatur.

„Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. Zeitschrift für persönliche, häusliche Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 38. Jahrgang. Mit Schminkeverboten. Herausgegeben von der Werbestelle für deutsche Frauenkultur Karlsruhe i. B. Verlag der G. Braun'schen Buchdruckerei Karlsruhe i. B. Jährlich 6 Hefte. Heft 5 100 M., im Abonnement 80 M. Es enthält den Inhalt des Heftes: Von gelassenen Gesetzen, von deutscher Wiederkehr und Frauenkultur. — Heimarbeit. — Frauenbewegung. — Frauenarbeit. — Die Gewerkschaft als Zeit- und Kulturdokument. — Spiel und Spielzeug. — Frohsinn regiere! — Gymnastik als Erziehungsgrundlage. — Die Frau im Beruf und im öffentlichen Leben. — Von der Ledigkeit des Hauswesens. — 26 künstlerische Bildaufnahmen. — 2 Schwarzweißzeichnungen. — Auf dem Schminkeverboten: Hauskinder. — Für unsere Kinder. — Heimerziehung. — Kleider-schreibungen.

Kinderlag, ein Jahrbuch für Frauen und Mädels des arbeitenden Volkes. Preis 100 M. (für Organisationen beim Sammelbezug billiger). Herausgegeben und zu beziehen vom Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8. — Zum ersten Mal gibt der Zentralbildungsausschuß das „Kinderland“ heraus, dessen Inhalt von L. Reiser und Klara Böhm-Schub-Wein mit Sorgfalt und nach künstlerisch pädagogischen Gesichtspunkten ausgewählt worden ist. Das Buch ist in Halbleinen gebunden, hat 112 Seiten Umfang und ist reich illustriert. Eine große Anzahl munterer, kindlicher Bilder werden ebenso wie Zeichnungen von hervorragenden Künstlerinnen, die ganz dem Verständnis der Kinder angepaßt sind. Erzählt wird von den Festtagen der Kinder, aus den Augenblicke August Bebel's; gezeigt wird der Kindern, welche Sätze unsere Sprache birgt, wie unsere Ortsnamen entstanden sind u. a. m. Sätze, Spielanregungen, Winke für Pädler, Gedichte, Rätsel und Sprüche sind ebenfalls vorhanden wie Aufträge von Kindern selbst. Das Buch verdient in die Hände aller Arbeiterfinder zu kommen; seine Verbreitung mögen sich besonders die Organisationen, Kindergruppen, Elternvereine angelegen sein lassen.

Eine deplazierete Bemerkung der Tagblatt-Redaktion

Die Redaktion des Tagblattes, die nach einer kurzen demokratischen Aera jetzt unter militärischem Kommando steht...

„Das Lüge sagt, ist falsch. Erst ist und bleibt beständiger Präsident, denn er ist nicht vom Volk gewählt. Nur das Volk kann den wahren, ersten Präsidenten der deutschen Republik wählen. Die Red.“

Gehorsam zu melden: Was der Herr Major hier behauptet, ist falsch. Der Reichstag hat mit 314 von 391 abgegebenen Stimmen, also mit einer überwiegenden Mehrheit, welche die in der Verfassung vorgeschriebenen zwei Drittel weit übersteigt...

Es wäre zu wünschen, wenn der Herr Major in seinem neuen Wirkungskreis ebenso eifrig die Rolle in die deutsche Reichsverfassung spielen wollte, wie früher in der Reichsverfassung jenes Vermittlung beratender Blomagen.

Mieterversammlung. Für die Südstadt findet heute abend 8 Uhr im Saal des „Kaffee Roman“, Ettlingerstr., eine Mieterversammlung statt. Im Interesse der Mieter liegt es, diese Versammlung zu besuchen.

(1) Auf die Herbstfeier des Metallarbeiterverbandes, die am Samstag, 29. Okt., nachm. 5 Uhr im großen Festsaal stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Das Programm verspricht gewichtige Stunden. (Mäheres siehe Inserat.)

(2) Der Verein der Kleingartenbesitzer Karlsruhe, Gruppe Durlacher Allee, hielt am Freitag, den 20. Oktober, seine diesjährige Generalversammlung in der Restauration „Zur Krone“ hier ab. Der Besuch war ein sehr starker. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden erstattete der Kassier Bericht und vom seitigen Schriftführer wurde ein Niedersicht über das vergangene Vereinsjahr bekannt gegeben...

Die vorgenommene Revision des Vorstandes hatte das Ergebnis, daß die bisherigen Vorstände Herr Konrad Götto und Polizeikommissar Müller einstimmig wiedergewählt wurden. Mit dem Amt des Schriftführers wurden die Herren Gust. Claus und Rudolf Bartsch betraut, während Herr Hermann Bach hier weiter mit der Führung der Kassengeschäfte beauftragt wurde.

In der weiteren einleitenden Ansprache kamen die Wünsche der Mitglieder zu Tage und sollen dieselben zu Richtlinien für den weiteren Ausbau der Organisation dienen. Der Antrag, die hiesigen Kleingartenvereine dem Reichsverband der Kleingartenvereine in Berlin anzuschließen, fand einstimmige Annahme. Außerdem wurde beschlossen, die Einkaufsgenossenschaft der Kleingärtner durch Gewerbe von Anteilsgebern zu unterstützen. Der Verkauf der Generalversammlung und die Ausprägung zeigte die große Notwendigkeit einer einheitlichen und starken Organisation, um die allzu verschiedenen Wünsche und Forderungen der Kleingärtner zu vertreten. Dies wird die vornehmste Aufgabe des neu gewählten Vorstandes sein, der auch die Gewissheit hat, daß sämtliche Kleingärtner geschlossener unter ihrer Organisation stehen und sich bemühen, daß nur durch Zusammenfassung und Mitarbeit die großen Aufgaben gelöst werden können.

Die Beschlüsse wurden gelesen und einem Wirt in Durlach drei Bierchen von einer erkrankten Frau, welche der Wirt in seinem Hause geschädigt hatte.

Brand. In der Nacht vom 24. zum 25. L. M. geriet im 8. Stock eines Hinterhauses der Leopoldstraße eine mit Kohlen gefüllte Kiste, welche unter dem Herd stand, in Brand. Der Rauch und die Rauchwolke wurden beschädigt. Der Schaden betrug circa 80 000 M., das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht.

Warena-Bericht vom 25. Oktober

Die Waizen notierte heute in der Schweiz circa 12 Cts. Auszahlung Hollands notierte etwa 1750 M. pro Tonne, Goldmünzen Auszahlung Schweiz notierte etwa 820 M. pro Schweizer Frs. Auszahlung England notierte etwa 1800 M. pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte etwa 818 M. pro franz. Frs. Auszahlung New York notierte etwa 4450 M. pro Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Oktober

Vorwärtliche Mitteilung: Zunächst noch überwiegend heiter und trocken, in Südbaden zunehmende Bewölkung, Nachts frohe.

Wasserstand des Rheins

Schweizerseil 210, gef. 8 Jtm. Neßl 313, gef. 4 Jtm. Mainz 497, gef. 10 Jtm. Mannheim 400, gef. 16 Jtm.

Rechte Nachrichten

Eine Novelle zum Reichsverorgungsgesetz

Im Reichstagsauschuß für Kriegswirtschaftsfragen teilte am Dienstag ein Regierungsvertreter mit, daß im November eine Novelle zum Reichsverorgungsgesetz eingebracht werden wird. Der Auschuß wird diese Vorlage abarbeiten, ehe er über die notwendigen Teuerungsmassnahmen Beschluß faßt.

Weitere Erhöhung der Gütertarife

W.B. Berlin, 25. Okt. Durch die erhebliche Verschlechterung der Welt sind auch bei der Eisenbahn die sachlichen und persönlichen Ausgaben ungeheuer gestiegen. Die geltenden Eisenbahntarife werden deshalb zum 1. November um 30 Prozent erhöht.

Orientkonferenz in Lausanne

W.B. Paris, 25. Okt. Nachdem Frankreich, England und Italien sich über Ort und Termin der Konferenz geeinigt haben, hat Ministerpräsident Poincaré die künftige Regierung verständigt, daß die Konferenz am 13. November in Lausanne aufzunehmen werde. Das amtliche Einladungs-schreiben werde später folgen. Es ist möglich, daß von türkischer Seite Einwendungen gegen Lausanne erhoben werden.

Die Finanzen Frankreichs

W.B. Paris, 25. Okt. Im Verlaufe der gestrigen Kammerdebatte stellte Finanzminister Delaunay fest, daß Frankreich in diesem Jahre die Höhe der Ausgaben vermindert habe, die sich 1919 auf 51 Milliarden beliefen. Diese Ausgaben seien für Rechnung Deutschlands aufgenommen worden. Das Land habe riesige Anstrengungen gemacht, sich aus dem Ruin wieder aufzurichten. Solanowich erklärte, man müsse 1925 3 bis 4 Milliarden neuer Steuern von der Nation verlangen, wenn man nicht einen riesigen Sprung ins Ungeheure machen wolle. Niemand wolle vorher sagen, ob Frankreich in 10 Jahren trotz der besten Friedenswillens nicht gezwungen sein werde, sich gegen einen neuen Angriff zu verteidigen. — (Anhang siehe Seite 2, 3.)

W.B. Paris, 25. Okt. Die amtlichen Nachrichten über die Finanzen Frankreichs sind sehr besorgniserregend. Die Einnahmen sind im Vergleich mit den Ausgaben sehr gering. Die Einnahmen sind im Vergleich mit den Ausgaben sehr gering. Die Einnahmen sind im Vergleich mit den Ausgaben sehr gering.

Neue Hungersnot in Sowjetrußland

Moskau, 25. Okt. Die amtlichen Nachrichten über die Hungersnot in Sowjetrußland sind sehr besorgniserregend. Die Hungersnot ist in Sowjetrußland sehr verbreitet. Die Hungersnot ist in Sowjetrußland sehr verbreitet. Die Hungersnot ist in Sowjetrußland sehr verbreitet.

Altsachsen, wo 12 Taus. der Bauernwirtschaften hungern, werden bereits Fälle von Hungerstich gemeldet, und auch im Gouvernement Odessa ist die Lage äußerst ernst. In der Deutschen Weigau-Kommune hungern mindestens 30 000 Personen und aus zahlreichen Ortschaften der Lettland-Republik (Gouvernement Rajon) gehen Meldungen über eine völlige Missernte infolge von Dürre und verpöbeter Ausfaat ein.

Das Moskauer Blatt führt aus, daß die Lage sich mit jedem Monat verschärft und die Zahl der Hungernden zum Frühjahr auf das Mehrfache steigen werde. Demgegenüber habe aber die Fürsorge für die Hungernden stark abgenommen. Die Sammlungen seien eingestellt, die Hungerhilfskommission habe sich nach ihrer Umgestaltung neuen Aufgaben zugewandt und die Auslandshilfe werde eingeschränkt. Auch die diesjährigen Gerbstsaaten, die dank der günstigen Witterung anfangs sich im allgemeinen gut entwickelten, sind durch das massenhafte Auftreten von Getreidekrankheiten in bedrohlicher Weise gefährdet.

Das neue englische Kabinett

Das englische Kabinett ist am Dienstag abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister Bonar Law, Lordkanzler Viscount Cave, Lordpräsident des Obersten Rates und stellvertretender Führer des Oberhauses Lord Salisbury, Schatzkanzler Baldwin, Staatssekretär des Innern Bridgeman, Staatssekretär für Indien Bickerton, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Lord Curzon, Staatssekretär des Reichsanwesens Lord Derby, Gesundheitsminister Sir Philip Keith-Orme, Erster Lord der Admiralität Emery, Landwirtschaftsminister Sir Arthur Boscawen, Landwirtschaftsminister Sir Robert Smeaton. Einige Minister sind noch zu befragen; auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

London, 25. Okt. Die Unabhängige Liberale Partei veröffentlicht ein Manifest, in dem die Politik der Liberalen und Konservativen innerhalb der Koalition beurteilt und erklärt wird: Die Liberalen treten ein für den Frieden, für die Durchführung der Reparationsfrage, für schnelle Revision und Regelung der Reparationsfrage und für den interalliierten Schlichten, für eine Verabsicherung der Ausgaben und für den Besatz auf die Politik militärischer Abschreckung; sie treten ferner ein für das System des Freihandels und für eine Reform der gegenwärtigen Verhältnisse des Grundbesitzes.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überblicke und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Revisionen Herrn Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

W.B. zu 4 Seiten Vereinsanzeiger W.B. 5 und mehr Seiten W.B. 10.—die Seite W.B. 14.—die Seite (Vergütungsgesetze finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. Naturfreunde, Mandolinen-Sektion (Schweiz 1918). Samstag, 28. Okt., abends 8 Uhr, Generalversammlung im Hotel. Karlsruhe. (Verband der Maler.) Freitag, 27. Oktober, wichtige Versammlung im „Kronenfeld“, Kronenstraße 44. Kein Kollege darf fehlen. 6410 Die Verwaltung.

PUTZT EURE OFEN NUR MIT Emaeline

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Wilhelmine Doms, alt 75 J., Witwe des Eisen-gießers Adolf Doms. — Gg. Samwald, Glaser, Chemiker, alt 49 J. Johann Ortalt, Steinbauer, Chemiker, alt 64 J. Beerbigungzeit und Trauerhaus erwachsener Personen. 3 Uhr: Heinrich Vogel, Privat, Stenographenstr. 98; Friedhof Mühlburg. — 3 Uhr: Wilhelmine Doms, Eisen-gießers-Witwe, Karlstraße 114. — 4 Uhr: Johann Ortalt, Steinbauer, Durlacher Straße 19. — 4 1/2 Uhr: Georg Samwald, Glaser, Badstraße 40e.

Dixin das dankbare Seifenpulver. Ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGE HERSTELLER: MENKEL & CO., DUSSELDORF.

Ankauf Alt-Gold, Silber, Gegenstände, Platin, Goldstücke, Zahn 350m. Ziegler, Adolfsstr. 26, Telefon 321. Kradenmantel, alt 10-12jährig, preiswert zu verkaufen, Auguststr. 7 L. 5412

Rinderhänge, Gr. 23, Weidstr. 28, 4. Et. 1004. Flaschen, Altweizen, Metalle, Papier, Lumpen, kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen. Chr. Baier, Karlsruhe, Weidstr. 72/74, Tel. 5654.

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe. Endvig Kraus: Freitag, 27. Oktober, von mittags 1 Uhr ab Runden 88268 und 1-370: je 2 Rtr. Rhein. Braunkohlenwerk „Union“, Wkt. 377.- je Zentner. 2992 Durlach, den 26. Oktober 1922. Ortsbürgeramt.

Offenburger Anzeigen. Abrechnung der Felder 10 und 11 des hiesigen Friedhofes betr. Die Veranschlagung der auf Feld 10 (Kriegerdenkmal, Jahrgänge 1900-1908) und auf Feld 11 (Gehöft, Jahrgänge 1897 und 1898) zu leistenden Abrechnung dieser Felder wird nach Bejahung der Abrechnung der Angehörigen nicht bestritten. Offenburg, den 24. Oktober 1922. Stadtrat.

Wollungsverordnung hierzu mit sofortiger Wirkung angeordnet. Der die ihm nach der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 3. Oktober 1922 ausgehende Rundzuckerentlastung — nämlich 1 kg je Kopf und Monat — beizubehalten will, hat sich bis spätestens 6. November bei dem Landratsamt (Kleinverleiner) zu melden, wenn er seinen Zucker beziehen will. Bei der Erläuterung und der von ihm zu machenden Angaben sind die Angehörigen der Familien anzugeben. Die Familien darf nur eine Sammelanmeldung erfolgen, wobei die vorstehend verlangten Angaben für den Haushaltsvorstand zu machen sind unter Angabe der Anzahl der Familienmitglieder. Solche Eintragungen und insbesondere Doppelanmeldungen sind verboten und werden nach § 19 der Reichsverordnung mit Geldstrafe bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 RM, oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bergheben dieser Art müssen der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. 2. Die bisherigen Eintragungen in Geschäftsbüchern zum Zwecke des Zuckerbezugs sind ungültig. Bei Kaufverträgen und Lebensbedürfnisberechnungen usw. ist gleichfalls eine besondere Eintragung notwendig, da die Möglichkeit allein keinen Anspruch auf den Bezug des Rundzuckers gibt. 3. Die Abrechnungen sind durch den Kaufmann, bei dem sie anliegen, abzufassen und bis 10. November dem Kommunal-Verband einzureichen unter Angabe der wozu die Verordnungsbestimmungen hierauf Zucker bestimmt sind. Vorstehende Verordnung wird für den Bezirk der Stadt Rastatt zur Durchfuhrung durch den Kommunal-Verband und Kleinverleiner bekannt gegeben. Die Haushaltungen haben bei der Eintragung in die Rundzucker dem Kleinverleiner die in ihren Händen befindlichen Vorkaufsscheine vorzulegen, auf welcher der Kleinverleiner die Aufnahme in seine Rundzuckerbuch durch Vermerk des Kleinverleiners zu vermerken hat. Die Kleinverleiner haben die abgekauften Rundzucker bis spätestens zum 10. November beim Kommunal-Verband einzureichen. Rastatt, den 23. Oktober 1922. Kommunal-Verband Rastatt-Stadt.

Ettlinger Anzeigen. Kartoffel-Bezug. Auf dem ehemaligen großen Exerzierplatz (Wacht- und Scheinhammer) werden an die hiesige Bedienung Kartoffeln zu 250 Mark für den Zentner bis zum 31. Oktober abgegeben. Die Käufer müssen die Kartoffeln selbst abgraben. Anmeldungen auf der Polizeiwache oder auf dem Amtshaus in Ettlingen. Ettlingen, den 24. Oktober 1922. Das Bürgermeisteramt.

Rastatter Anzeigen. Die Presse für Abgabe von Sand und Kies auf der hiesigen Sandgrube werden mit sofortiger Wirkung wie folgt festgelegt: a) Gewerbetreibender Sand: Einlechner 180 M. Zweilechner 250 M. b) Angehöriger Sand: Einlechner 80 M. Zweilechner 135 M. c) Kies: Einlechner 185 M. Zweilechner 210 M. Rastatt, den 26. Oktober 1922. Der Gemeindevorstand.

Juder-Verforgung. Mit Bezug auf die Beschleunigung des Bezirksamts fordern wir die Verforgungsberechtigten auf, sich bis spätestens 6. November in die Kundendaten der Ladengeschäfte zum Zuckerbezug anzumelden. Bei der Anmeldung ist die gelbe Karte für den Zuckerbezug vorzulegen, auf welcher der Kaufmann die Entzuckerung in die Kundendaten mit Angabe der Personenanzahl bezeichnen muß. Broschüren jünger, die keine Rückbestände besitzen, haben sich auf dem Einwohnermeldeamt einen Ausweis über die Zahl der Familienmitglieder ausstellen zu lassen. Die Bevölkerung der Landorte des Bezirks darf in die Kundendaten der hiesigen Ladengeschäfte nicht eingetragen werden. Ettlingen, den 24. Oktober 1922. Das Bürgermeisteramt.

Juder-Verforgung betr. Das Badische Ministerium des Innern hat zur Durchfuhrung der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. Oktober 1922 über den Verkehr mit Zucker (R.G.B. S. 702) gem. § 12 Abs. 3 der Verordnung und § 1 der Badischen

Gebrüder Scharff. Die Zuckerliste zum Bezug von Inlandszucker liegt in unseren hiesigen a. auswärts liegenden Niederlagen auf. Sämtliche bisher eingetragenen Kunden müssen sich neu einschreiben lassen. Im Bezirk Karlsruhe müssen die Ausweisarten des städt. Nahrungsmittelamtes zum Abstempeln vorgelegt werden.

Gebrüder Scharff. Die Zuckerliste zum Bezug von Inlandszucker liegt in unseren hiesigen a. auswärts liegenden Niederlagen auf. Sämtliche bisher eingetragenen Kunden müssen sich neu einschreiben lassen. Im Bezirk Karlsruhe müssen die Ausweisarten des städt. Nahrungsmittelamtes zum Abstempeln vorgelegt werden.

Gebrüder Scharff. Die Zuckerliste zum Bezug von Inlandszucker liegt in unseren hiesigen a. auswärts liegenden Niederlagen auf. Sämtliche bisher eingetragenen Kunden müssen sich neu einschreiben lassen. Im Bezirk Karlsruhe müssen die Ausweisarten des städt. Nahrungsmittelamtes zum Abstempeln vorgelegt werden.

Gebrüder Scharff. Die Zuckerliste zum Bezug von Inlandszucker liegt in unseren hiesigen a. auswärts liegenden Niederlagen auf. Sämtliche bisher eingetragenen Kunden müssen sich neu einschreiben lassen. Im Bezirk Karlsruhe müssen die Ausweisarten des städt. Nahrungsmittelamtes zum Abstempeln vorgelegt werden.



Was ist Gustin? Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder...

Mit Gustin bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten...

Ein Versuch wird jede Hausfrau beiradigen. Rezepte umsonst in den meisten Geschäften...

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Freie Turnerschaft Karlsruhe (G.B.)

Samstag, 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Vereinslokal...



Ortsgruppe Karlsruhe e. V. Dienstag, 31. Okt., abends 8 Uhr:

Sichtbilder-Vortrag. Referent: Herr Kohlenz im Chemiefach der Technischen Hochschule.

Wandbilder-Sektion. Beginn des neuen Anfängerkurses für Gitarre, Laute und Mandoline...

Felle, Almetalle, Eisen, Papier, Keller- u. Speiglerbram...

Zu Futterwecken geeignetes Fleisch aller Art...

Mieter! Verpachtung heute abend 8 Uhr im „Café Nowack“.

Eintracht 5401 Freitag, den 27. Oktober, 1/2 9 Uhr Lustiger Claus Steven-Abend...

Badisches Landestheater. Donnerstag, d. 26. Okt., 6 1/2 - geg. 10 Uhr...

Künstlerhaus Morgen Freitag, 27. Oktober, 8 Uhr Lauten-Abend Dr. Hans Ebbecke...

Anzugstoffe 1 Coupon je ein Anzug von 5900 & an kaufen Sie am besten bei S. Rosenthal, Kronenstr. 47.

Filderkraut. Wir haben noch eine Partie schönes Filderkraut...



Warum Erdal? Das weiß doch jeder! Nur das beste Material...

Erdal Marke Rolfrosch - Schuhpassa Werner & Merz A.-G. Mainz

Welschneuert. Zum 1. November d. J. wird für die Verpachtung des „Vollschneuert“ am hiesigen Platz eine zuverlässige Person...

In 30 Minuten Ihre Passbild. Gute Verpachtung. Einmalige Gelegenheit...

Schlupfer, Ulster, Billiges Angebot! Melzer, Kuzige, Hosen und Schuhwaren...

Grünwettersbad. Zum 1. November d. J. wird für die Verpachtung des „Vollschneuert“ am hiesigen Platz eine zuverlässige Person...

Hotels, Cafés, Vergnügen. Gasth. z. Gold. Hirsch, Kaisersstr. 129. Täglich Künstler-Konzert...

CAFÉ BAUER. Täglich Künstler-Konzert. Bekleidung, Schuhe, Putz. Adolf Stein Nachf. Inhaber: J. Weiss...

Leonhard Gretz. Schneider-Karlsruhe, Marienstr. 27. Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider...

Karl Fuchs. Kaiserstr. 205 I. Feine Herrenschneiderei. Sportbekleidung und Livreen...

W. Boländer. Spezialhaus für Bekleidung u. Ausstattung.

Eugen Löw-Hölzle. Kaiserstraße 187. Schuhwaren.

Carl Frey Nachf. Kaiserstr. 99. Herrenartikel. Teleph. 3228.

August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658. Kurz-, Weiss-, woll- und Mode-Waren.

Adolf Kahn, Rheinstraße 16. Manufaktur und Weisswaren.

An- und Verkauf Levy. Marktplatz 22. Kleid- u. Stiefel, Möbel, Antiquitäten, Schmuck etc.

August Mayer, Karl-Friedrichstraße 6. Weisswaren in Gross- und Klein-Verkauf.

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137. Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer Fahrplan. Spiegel & Wels Nachf., Grosses Spezial-Geschäft für beste Herren- und Knaben-Kleidung...

Table with columns for locations: Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Rastatt, Rastatt-Littlingen, Rastatt-Dürmersh., Pfalz-Maxau, Eppingen. Rows show various items and prices.

Leipheimer & Mende. Spezialgeschäft für Manufakturwaren.

STRUMPF-HAUS Rudolf Wieser. Kaiserstr. 153. Telefon 740.

Karlsruhe SPORT KARLSRUHE BEIER Fil. Durlach Hauptstr. 30. Fernspr. 5218.

Reserviert für L. Mayer, Baden-Baden. Kappes & Klinge, Kaiserstrasse 56.

Gebr. Ettliger. Spezialhaus für Besätze und Spitzen und sämtliche Zutaten für die Damenschneiderei...

J. Weingand, Putz- und Modewaren. Philippstr. 1, gegenüber der kath. Kirche.

Spezial-Kofferhaus Geschw. Sämmler. Kronenstrasse 51. Reisekoffer, Lederwaren, Damenschuhe u.s.w.

Aretz & Co., Gummiwarenhaus. Krankenpflege-Artikel - Linoleum - Wachsstücke. Kaiserstrasse 215. Telefon 210.

C. Frohmüller, Karlsruhe i.B., handlung. Inhaber: Camill Hans Klasterer. Am Ludwigsplatz. Telefon 5435.

Christian Kiefer. Kohlen - Koks - Briquets - Holzkohlen. Karlsruhe i.B.

Haid & Neu. Nähmaschinen in höchster Vollendung und Leistungsfähigkeit. Nähmaschinenhaus Excella G. m. b. H.

Franz Mappes, Nähmaschinen, Fahrräder-Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 172.

Carl Erteld, Nähmaschinen, Fahrräder. Erbrunnenstr. 1 (Rondellplatz), Telefon 102.

J. Ettliger & Wormser, Karlsruhe / Baden. Spezialgeschäft für Büro- und Schreibmaschinen...

Heinrich Schlier Nachf., Karlsruhe. Bürsten, Karzwaren für Wiederverkäufer.

Rosenfeld & Co., Karlsruhe. Eisen - Metall - Grosshandlung. Neureuterstrasse 5.

J. C. Mosler Nachf., Karlsruhe. Spezialgeschäft für Büro- und Schreibmaschinen...

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus. Kaiserstr. 20, Telefon 4203.

W. Gutmann, Karlsruhe. Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen...

Gebr. Kaufmann, Karlsruhe. Musikalien-Handlung. Gottesauerstrasse 30. Telefon 5429.

Gebr. Schmitt, Karlsruhe. Mineralwasserfabrik. Kalmbacher Bier - Bernhardsstr. 7, Tel. 3058.

E. Iben, Ertlagen, Obstbaumschule am Staatsbahnhof.

Uhren, Goldwa. en und Trüdinge J. Hiller, Waldstr. 24.

Otto Mayer, Karlsruhe. Drogerie, Wilhelmstr. 20, Telephon 5435.